

DROGENKURIER

MAGAZIN DES JES-BUNDESVERBANDS

NOV. 2025

NR. 144

JEHMALIGE SUBSTITUIERTE
JUNKIES

IST EINE

GESELLSCHAFT

OHNE GEFÄNGNISSE

DENKBAR?

IMPRESSUM

Nr. 144, November 2025
Herausgeber des DROGENKURIER:

JES*-Bundesverband e.V.
Wilhelmstraße 138
10963 Berlin
Tel.: 030/69 00 87-56
Fax: 030/69 00 87-42
Mail: vorstand@jes-bundesverband.de
www.jes-bundesverband.de

DAH-Bestellnummer: 102144
ISSN: 2512-4609
Auflage: 4.000 Exemplare

Redaktion: JES-Bundesvorstand,
Dirk Schäffer

Mitarbeit: Simon Fleissner, Claudia
Plöttner, Axel Schock, Roland Baur



Titelfoto: stockphoto / thisboy
Layout, Satz: Carmen Janiesch
Druck: onlineprinters.de

**Der DROGENKURIER wird
unterstützt durch:**

(Nennung in alphabetischer Reihenfolge)
Camurus, Deutsche Aidshilfe e.V.,
GL Pharma, Hexal, INDIVIOR

* Junkies, Ehemalige, Substituierte

Die Nennung von Produktnamen bedeutet keine Werbung

Liebe Leserinnen und Leser, Förderinnen und Förderer des DROGENKURIER, liebe Freundinnen und Freunde des JES-Netzwerks

Im Mittelpunkt dieser Ausgabe steht das Thema „Justizvollzug“. In unserem TOPTHEMA setzen wir uns daher mit einer Frage auseinander, ob eine Gesellschaft ohne Justizvollzug möglich ist ► **ab Seite 3.**

Zudem begleiten wir seit vielen Jahren den Fall „Jaworski“. Claudia Jaworski ist eine junge Frau, die ihrem Bruder, der opioidabhängig im Justizvollzug einsaß aufgrund der Weigerung der Justizvollzugsanstalt eine substitutionsgestützte Behandlung durchzuführen, Medikamente zur Substitutionsbehandlung mitbrachte und diese ohne Erlaubnis in die JVA einführte. Als JES Bundesverband stehen wir an der Seite von Frau Jaworski, ebenso wie viele andere Verbände und Personen.

Vor wenigen Wochen wurde das „Bundeslagebild Rauschgiftkriminalität“ vorgestellt. Wir stellen die Daten und Entwicklungen dieses Lagebildes in dieser Ausgabe vor ► **ab Seite 8.**

Wissenschaftliche Journale im Internet aber auch als Printmedien enthalten immer wieder sehr interessante Beiträge, die aber für die meisten von uns nicht zugänglich sind da sie in Englisch publiziert werden und kostenpflichtig sind. Daher werden wir, beginnend mit dieser Ausgabe, immer wieder uns interessant scheinende Studien kurz zusammenfassen und hier vorstellen ► **ab Seite 28.**

Darüber hinaus findet ihr eine Vielzahl von Beiträgen aus der Medizin, aus den Regionen sowie aus unserem Netzwerk.

Wir möchten uns auch in diesem Jahr bei allen bedanken, die zur Realisierung des DROGENKURIER beigetragen haben.

Wir wünschen euch allen ein Weihnachtsfest so wie ihr es euch vorstellt und vor allem ein gesundes und friedvolles Jahr 2026.

Wir werden euch auch im nächsten Jahr mit dem DROGENKURIER begleiten.

Das Redaktionsteam des DROGENKURIER

CLAUDIA JAWORSKI, AKTIVISTIN FÜR GEFANGENENRECHTE STEHT WIEDER VOR GERICHT

FOTOS: PRIVAT



Am 16. Oktober begann am Landgericht Traunstein ein neues Hauptverfahren gegen **Claudia Jaworski**. Im Kern geht es um die Frage, wie in Haftanstalten mit opioidabhängigen Menschen umgegangen wird.

Seit sechs Jahren bereits kämpft Claudia Jaworski für Gerechtigkeit. Andere hätten längst aufgegeben, das Urteil aus erster Instanz hingenommen und die rund 4.000 Euro Strafe bezahlt. Denn dass sie tat, wofür sie ursprünglich angeklagt wurde, hat Claudia Jaworski nie bestritten. Die Frage aber ist, warum sie es tat und warum sie das Urteil eben nicht hingenommen hat, sondern die Aufmerksamkeit auf die Missstände in vielen Haftanstalten und insbesondere auf die JVA Bernau am Chiemsee gelenkt hat.

Haftstrafe für eine Fahrt ohne Ticket

Dort saß ihr Bruder ein, wegen einer Lappalie. Seit seiner Jugend ist er heroinabhängig, seit vielen Jahren macht er eine Substitutionstherapie. Um die Fahrtkosten in die weit entfernt liegende Substitutionspraxis zu sparen, fährt der Bruder oft ohne Ticket. Er wird erwischt und 2018 zu einer Haftstrafe verurteilt, die er in der Justizvollzugsanstalt Bernau absitzen muss. Dort jedoch wird ihm nicht nur die Freiheit entzogen, sondern auch die medizinische Behandlung verweigert: Mit Haftbeginn endet auch seine Substitutionstherapie, stattdessen zwingt ihn die JVA zu einem „kalten Entzug“.

Der Bruder bittet die Anstaltsärzte zwar mehrfach um eine Fortführung seiner Substitutionstherapie, doch die wird rüde abgelehnt.

**„WIR SUBSTITUIEREN HIER NICHT.
BESORG DIR DAS ZEUG DOCH AUF DEM
SCHWARZMARKT AUF DEM HOFGANG.“**

Angebliche Äußerung des Anstaltsarztes der JVA Bernau

Als Claudia Jaworski ihren Bruder in der JVA besucht, ist sie über seinem körperlichen und psychischen Zustand erschrocken. Er ist abgemagert, depressiv und äußert sogar Suizidgedanken. Von den Ärzten könne er keine Hilfe erwarten, sagt er seiner Schwester. „Die interessieren sich einen Dreck für uns, wir werden von denen auf den Schwarzmarkt geschickt“, zitiert sie ihn später bei ihrer Gerichtsverhandlung. Ein tödlicher Vorfall in der JVA wenige Monate zuvor – ein Häftling war nach Drogenschulden von Mitgefangenen erschlagen worden – verstärkt ihre Sorge zusätzlich.

Die Tat: Hilfe als „Notstandshandlung“

Im Oktober 2019 entschließt sich Claudia Jaworski deshalb, ihrem Bruder während eines Besuchs in der JVA Bernau zwei Tabletten des Substitutionsmittels Subutex zuzustecken. Die Übergabe wird jedoch entdeckt, Kameras dokumentieren den Vorgang. Für die Staatsanwaltschaft ist der Fall eindeutig, und Claudia Jaworski erhält wegen Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz einen Strafbefehl über 90 Tagessätze.

Doch Claudia Jaworski legt Einspruch ein. Am 15. Juni 2021 steht sie deshalb vor dem Amtsgericht Rosenheim. Schon in diesem Verfahren wird deutlich, dass es nicht allein um eine einzelne Tat geht, sondern um das System dahinter. Jaworski und ihr Anwalt legen detailliert dar, wie in der Justizanstalt Bernau mit Suchtkranken umgegangen wird. Nicht sie, sondern der zuständige Anstaltsarzt müsse eigentlich auf der Anklagebank sitzen,

sagt Claudia Jaworski. Ihr Verteidiger spricht gar von „Folter“, weil Gefangenen medizinisch erforderliche Behandlungen systematisch verweigert würden.

Die Richterin erkennt an, die Zustände in der Haftanstalt Bernau unhaltbar sind, und bezeichnet die Verweigerung der Substitution als „Frechheit“. Eine Notstandshandlung, wie von den Anwälten vorgebracht, sei rechtlich jedoch nicht gegeben, ihr Bruder habe noch nicht alle Rechtsmittel ausgeschöpft gehabt, um substituiert zu werden. Jaworski wird zu 60 Tagessätzen verurteilt – und kündigt an, alle Rechtsmittel auszuschöpfen, bis hin zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

Der Kampf durch die Instanzen

Die folgenden Jahre sind geprägt von Berufungen, Revisionen und weiteren Verfahren. 2024 verurteilt das Landgericht Traunstein Jaworski in zweiter Instanz zu einer milderen Strafe von 45 Tagessätzen, diesmal wegen fahrlässiger Abgabe von Betäubungsmitteln.

**„DIE WAHRHEIT BRICHT SICH BAHN,
UND ICH MERKE, WIE DURCH DIE
INSTANZEN HINWEG DIE BETEILIGTEN
IMMER NERVÖSER WERDEN.“**

Claudia Jaworski

Umso deutlicher fällt die Einschätzung der Richterin aus, was die Zustände in der JVA Bernau angeht. Der mediale Druck, den Claudia Jaworski aufgebaut hat, zeigt Wirkung. Endlich wird genauer auf die Sache geschaut. Dass die Anstaltsärzte dem Gericht unvollständige Akten vorgelegt haben, macht sie nicht unbedingt glaubwürdiger. Dass sie zwischen Betäubungsmitteln und Substitutionsmitteln keinen Unterschied sehen und beides als Drogen bezeichnen, lässt an ihrer fachlichen Kompetenz zweifeln.

Weil das Landgericht diesen Aspekt bislang unberücksichtigt ließ, verweist das Oberlandesgericht München den Fall wieder ans Landgericht zurück. „Die Wahrheit bricht sich Bahn, und ich merke, wie durch die Instanzen hinweg die Beteiligten immer nervöser werden.“

Parallel dazu müssen sich Jaworski und ihr Bruder weiteren Verfahren stellen: Die JVA-Ärzte haben beide wegen Verleumdung angezeigt. Bei ihrem Bruder wird kurzer Prozess gemacht und Entlastungszeugen werden nicht zugelassen. Dass er am Ende zu einer Geldstrafe verurteilt wird, weil er offen und ehrlich über die medizinischen Missstände in der Haftanstalt gesprochen hat, hat er nicht erwartet. Er erleidet noch im Gerichtssaal einen Nervenzusammenbruch.

Claudia Jaworski geht gut vorbereitet in ihre Verhandlung. Sie hat im Vorfeld die Medien über den Hintergrund dieses Pro-

ACHTUNG!

**MELDUNGEN ÜBER „SCHLAFSTEINE“,
SPIKING UND CO. -STIMULANZIEN
ENTHALTEN KO-SUBSTANZEN
IN MEHREREN STÄDTEN**



In den letzten Wochen sind aus den Städten Hamburg, Saarbrücken und Frankfurt ungewöhnliche und beunruhigende Wirkungen beim Konsum von Substanzen wie Kokain, Crack und Amphetaminen aufgetreten. Vornehmlich an Frauen, teilweise an Sexarbeiterinnen, wurden Substanzen auf der Drogenszene verkauft, die mutmaßlich mit KO-Substanzen versetzt waren. Mehrere Frauen berichten davon, dass nach dem Rauchen z. B. von Crack-Steinen eine einschläfernde Wirkung eingesetzt ist. Daraus ist der Begriff der "Schlafsteine" entstanden. Auch in Amphetaminen und Pulverkokain traten ähnliche Wirkungen wie Betäubung, Bewusstseinsstrübung oder schwere Schläfrigkeit ein. In Bremen gab es ähnliche Auffälligkeiten nach dem Rauchen von Cannabis, vermutlich Spice.

zesses in Kenntnis gesetzt und auch den bayrischen Justizminister auf den Fall aufmerksam gemacht – und wird im November 2024, obgleich für die gleiche Tat angeklagt, vom Amtsgericht Rosenheim rechtskräftig freigesprochen. Der Richter würdigt, dass sie ihre Aussagen sorgfältig recherchiert und auf zahlreiche ähnliche Fälle gestützt hat. Der Versuch, Claudia Jaworskis Glaubwürdigkeit zu erschüttern, ist gescheitert. Im Gegenteil: Sie geht gestärkt aus dem Verfahren hervor.

Ein systemisches Versagen

Für Claudia Jaworski geht es längst nicht mehr allein um ihren persönlichen Fall. Die Auseinandersetzung um ihren Bruder hat ihr Leben verändert und sie zu einer Aktivistin für Gefangenrechte gemacht. Ihr Anliegen ist, die systemischen Missstände sichtbar zu machen: die Verletzung der Fürsorgepflicht, die Verweigerung medizinisch notwendiger Therapien, die doppelte Bestrafung durch Entzug, menschenunwürdige Disziplinarmaßnahmen und die Gefährdung von Menschenleben hinter Gefängnismauern.

Ein neues Hauptverfahren

Das Oberlandesgericht München hebt das Traunsteiner Urteil schließlich auf und verweist den Fall ans Landgericht zurück, weil die Frage der Notstandshandlung bislang nicht ausreichend geprüft worden ist. Am 16. Oktober 2025 kommt es deshalb in Traunstein erneut zu einem Hauptverfahren, das als Präzedenzfall für die medizinische Versorgung in Haftanstalten dienen könnte.

Claudia Jaworskis Bruder ist als Zeuge geladen und wird, wie schon bei den vorangegangenen Verhandlungen, erneut seine Erlebnisse schildern müssen. Er lebt seit mittlerweile fünf Jahren wieder in Freiheit, erhält die notwendige und ihm zustehende Substitutionstherapie, ist berufstätig und könnte mit seiner Partnerin ein ruhiges Leben leben.

Zwar hat sich die Situation in Bernau inzwischen verbessert: Rund 80 bis 90 von etwa 800 Gefangenen erhalten heute Substitutionsmittel. Doch gemessen am Bedarf ist dies immer noch wenig. Fachleute wie der Suchtforscher Heino Stöver betonen, dass fehlende Substitution nicht nur Leiden verlängert, sondern auch kriminelle Strukturen im Gefängnis stärkt.

Claudia Jaworski bezweifelt, dass sich die Grundhaltung in der JVA seither wirklich verändert hat. Umso wichtiger ist ihr Engagement – und umso größer die Hoffnung auf ein bahnbrechendes Urteil. ♦

Gekürzter Beitrag von Axel Schock aus magazin.hiv.
Der Gesamtbericht steht unter <https://magazin.hiv/magazin/claudia-jaworski-aktivistin-gefangenenrechte/> zur Verfügung.

IST EINE WELT OHNE GEFÄNGNISSE MÖGLICH?

© FACHHOCHSCHULE DORTMUND / ROLAND BIEGE



Das Motto der diesjährigen Aktionstage Gefängnis ist keineswegs nur eine rhetorische Frage. **Christine Graebisch**, Expertin für Straf- und Migrationsrecht und Professorin an der FH Dortmund, weiß gute Gründe, warum sich das Nachdenken über eine Welt ohne Gefängnisse lohnt.

Ihr Vorschlag, Gefängnisse abzuschaffen, dürfte für viele nach einem provozierenden Vorschlag oder eher theoretischen Planspiel klingen. Wie ernst ist es Ihnen tatsächlich damit, Haftstrafen weitgehend abzuschaffen?

Ich weiß, dass sich das nicht von heute auf morgen umsetzen ließe, daher finde ich den Begriff „Planspiel“ gar nicht so schlecht. Ich glaube aber, dass wir ernsthaft darüber nachdenken sollten, wie es wäre, wenn man Gefängnisstrafen, zumindest teilweise, abschaffen würde.

Was spricht in Ihren Augen gegen diesen Teil unseres Strafrechtssystems?

Haftstrafen sollen eine ganze Reihe Zwecke erfüllen: zum Beispiel vor Straftaten abschrecken, die Allgemeinheit vor als gefährlich betrachteten Personen schützen und zur Resozialisierung der Täter*innen beitragen. Sie erfüllen diese Zwecke jedoch recht wenig und helfen auch denjenigen, die Opfer von Straftaten geworden sind, kaum. Sie haben eher eine symbolische Funktion. Das heißt, das Gefängnis ist für das Ziel zumeist sogar kontraproduktiv.



FOTO: © ARD-MEDIATHEK

Die Serie „A Better Place – Stadt ohne Knast“ ist kostenfrei in der ARD-Mediathek abrufbar.

Die ARD hält Ihre Forderung für so diskussionswürdig, dass sie eine Mini-Serie „A Better Place“ dazu in Auftrag gegeben hat. Sie haben bei der Entwicklung beratend mitgewirkt. Statt in einer Zelle hinter Gittern zu landen, erhalten hier Straftäter*innen Arbeit, Wohnung, Therapie – und ein Leben in Freiheit.

Keineswegs alle, aber sehr viele der Menschen, die Straftaten begehen – und vor allem die, die deshalb im Gefängnis landen – haben diese Taten aus wirtschaftlichen und sozialen Problemlagen heraus begangen. Sie wegzusperren, ändert nichts an den gesellschaftlichen Bedingungen, die diese Straftaten überhaupt erst hervorgebracht haben. Wenn wir hier ansetzen, wäre schon sehr viel gewonnen. Tatsächlich gehen die Menschen in der Regel ärmer und in wesentlich schlechteren sozialen Situationen aus der Haft heraus, als sie hineingegangen sind.

Aber – so werden manche dagegen argumentieren – Inhaftierte können schon jetzt im Knast eine Ausbildung machen, bekommen eine bezahlte Tätigkeit und erhalten bei Bedarf eine Therapie.

Die Realität sieht leider anders aus. Eine Ausbildung können nur wenige machen, und das auch nur in ganz wenigen Berufen. Insgesamt ist das System von Arbeit, Bildung und Entlohnung im Strafvollzug in höchstem Maß problematisch. 2023 hat etwa das Bundesverfassungsgericht im Rahmen eines von mir begleiteten Verfahrens festgestellt, dass die Entlohnung der Gefangenearbeit verfassungswidrig ist und dass es an der Einbindung der Gefangenearbeit in ein schlüssiges Resozialisierungskonzept fehlt. Die Länder müssen jetzt ihre Gesetze zur Gefangenearbeit ändern. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat aber in keinem Bundesland bisher dazu geführt, dass ein schlüssiges Resozialisierungskonzept eingeführt worden wäre.

Zu den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die Menschen zu Straftäter*innen werden lassen, gehört beispielsweise auch die Kriminalisierung des Drogengebrauchs. Die Entlastung der Justiz war mit das zugkräftigste Hauptargument bei der Legalisierung des Cannabiskonsums. Drogenexpert*innen fordern eine viel weitreichendere Entkriminalisierung.

Damit könnte man auf einen Schlag einen riesigen Teil des Problems lösen, denn wir wissen, dass es viele Delikte gibt, deren Kriminalisierung letztlich sowieso nur kontraproduktive Effekte zeitigt. Dazu gehören ganz vorne die Taten nach dem Betäubungsmittelgesetz. Ein anderes Beispiel ist das Fahren ohne gültiges Ticket. Auch dafür kann man ins Gefängnis kommen. Das wurde zwar in letzter Zeit öfter diskutiert, nur geändert hat sich bisher nichts. Es gibt aber internationale Vorbilder, die zeigen, dass eine Vollstreckung von Geldstrafen nicht notwendig sein muss. Wenn man die vielen unterschiedlichen Ansätze zum Umgang mit den verschiedenen Straftaten genauer dahin prüfte, ob es eine Alternative zu Haftstrafen geben könnte, wäre schon viel gewonnen – und das Gefängnis dadurch partiell bereits abgeschafft.

Wie aber sieht es mit schwerwiegenden Taten aus, also beispielsweise Gewaltverbrechen?

Diese stehen im öffentlichen Diskurs normalerweise auch im Vordergrund. Für sie bieten sich anstelle von Gefängnis Verfahren der sogenannten „Restorative Justice“ an. Es geht dabei darum, bei Fällen schwerwiegender Straftaten wie Gewaltdelikten eine Begegnung zwischen der Person, die die Tat begangen hat, und der Person, die die Tat erlitten hat, herzustellen und im moderierten Gespräch Lösungen für die Probleme zu finden und sich mit den Konflikten auseinanderzusetzen, am besten dabei noch weitere gesellschaftliche Kreise einzubeziehen. Das lässt sich alles andere als einfach umsetzen, was in der Serie auch sehr deutlich wird. Es wäre zudem eine Herausforderung, dergleichen flächendeckend zu etablieren. Aber das ändert nichts daran, dass man auch solche Verfahren erwägen sollte. Es gibt bereits weltweit Projekte dieser Art, die auch regelmäßig erforscht werden. Die Ergebnisse zeigen einhellig, dass sowohl die Täter*innenseite als auch die Opferseite hinterher wesentlich zufriedener mit dem Ergebnis sind, als es bei einem Strafverfahren der Fall ist. Zudem ist auch die Rückfälligkeit deutlich reduziert. ♦

Zusammenfassung des Beitrags „Ist eine Welt ohne Gefängnisse möglich?“ von Axel Schock. Das gesamte Interview steht unter <https://magazin.hiv/magazin/welt-ohne-gefangnisse-abolitionismus/> zur Verfügung.



Wege aus der Opioid-Abhängigkeit

Opioid-Abhängigkeit ist eine Krankheit, die sich gut individuell behandeln lässt. Der erste Schritt auf dem Weg aus der Abhängigkeit sind Informationen über die Krankheit selbst und die verschiedenen Möglichkeiten eines

Ausstiegs. Sowohl für Menschen mit Opioid-Abhängigkeit als auch für ihre begleitenden Angehörigen haben wir die wichtigsten Themen übersichtlich und verständlich aufbereitet. Machen Sie hier den ersten Schritt.

www.opioideundmeinleben.de

Diese Website wurde von der Camurus GmbH erstellt.

Bundeslagebild Rauschgiftkriminalität veröffentlicht

VORBEMERKUNG

Bisher haben wir diesen Bericht nur selten im **DROGENKURIER** zum Thema gemacht, da er die Themen Konsum illegaler Substanzen und kriminelles Verhalten, vorrangig nur aus einem Blickwinkel betrachtet.

Die Ursache für kriminelles Verhalten steht unserer Meinung nach unmittelbar mit dem Schwarzmarkt und dem Verbot von Erwerb, Besitz und Weitergabe von illegalen Substanzen in Verbindung.

Der aktuelle Bericht beinhaltet allerdings Entwicklungen und Daten, die aus unserer Sicht erwähnenswert sind, da sie unsere Annahmen zu Entwicklungen im Bereich synthetische Substanzen bestätigen. Gleichsam zeigen die Daten, dass das auch medial dargestellte Bild über Personen die handeln und konsumieren widerlegt wird.

Ende Oktober wurde das Bundeslagebild Rauschgiftkriminalität veröffentlicht, das die aktuelle polizeilichen Erkenntnisse zur Lage und Entwicklung der Rauschgiftkriminalität in Deutschland beschreibt.

Delikte

Die Anzahl der Rauschgiftdelikte ist laut Polizeilicher Kriminalstatistik (PKS) im Jahr 2024 um 34,2 % auf 228.104 Delikte gesunken. Hauptursächlich dafür ist die mit Inkrafttreten des Konsum-Cannabis-Gesetz (KCanG) am 01.04.2024 erfolgte (Teil-)Legalisierung des Besitzes und Konsums von Cannabis. Gemäß KCanG ist der Besitz von bis zu 25 Gramm Cannabis im öffentlichen Raum für Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, erlaubt. Bei Überschreiten der Besitzmenge bis zu 30 Gramm Cannabis liegt eine Ordnungswidrigkeit vor. Erst bei Überschreiten der Besitzmenge von 30 Gramm Cannabis liegt eine Straftat vor, welche in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) erfasst wird.

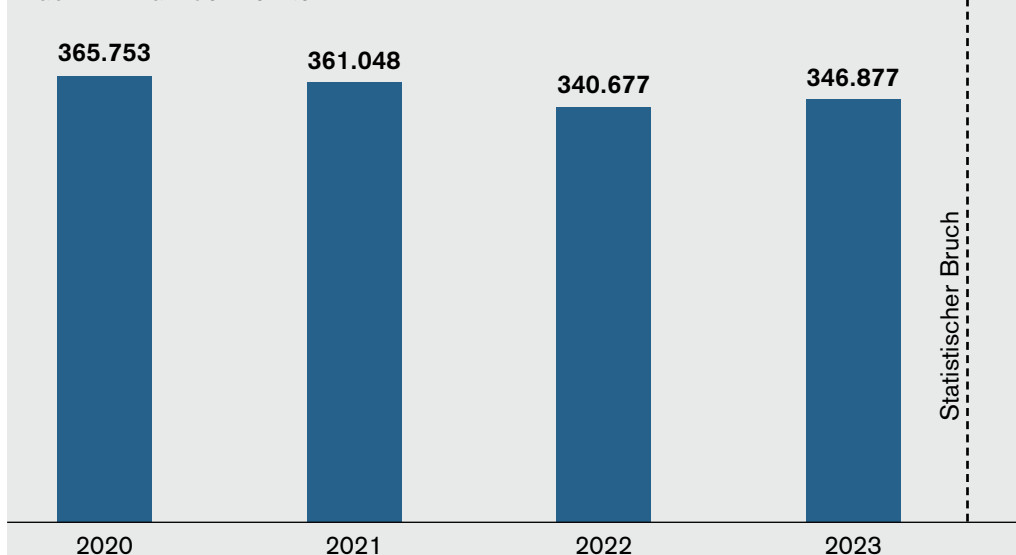
Tatverdächtige Personen

Im Berichtsjahr wurden 16.659 tatverdächtige Zuwanderer/Zuwanderinnen im Zusammenhang mit Rauschgiftdelikten festgestellt. Der Anteil der deutschen Tatverdächtigen betrug im Berichtsjahr 115.949 (-35,8 %). Der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen 59.720 (-30,3 %). Dies entspricht einem Rückgang von 28,4 % gegenüber dem Vorjahr und einem Anteil von 9,5 % an der Gesamtzahl aller im Zusammenhang mit Rauschgiftdelikten ermittelten Tatverdächtigen (2023: 8,7 %).

Labore

Im Fünfjahrestrend hat sich die Anzahl der sichergestellten Rauschgiftlabore mehr als verdoppelt. Insgesamt wurden

Tab. 1: Anzahl der Delikte





Schlafmohnanbau in Afghanistan und Myanmar

Nach Informationen des United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC) ist die Anbaufläche für Schlafmohn in Afghanistan im Jahr 2024 im Vergleich zum Vorjahr um 19 % von 10.800 auf 12.800 ha angestiegen, liegt aber noch immer weit unter den Zahlen von 2022 (233.000 ha). In Myanmar hingegen stieg die Schlafmohnanbaufläche von 30.200 ha im Jahr 2021 auf 47.200 ha im Jahr 2023. Im Jahr 2024 ist laut UNODC ein moderater Rückgang auf 45.200 ha zu verzeichnen, was auf eine Stabilisierung des Anbaus auf derzeit hohem Niveau hindeutet und die führende Rolle Myanmars als Opiumquelle bestätigt.

37 Produktionsstätten für synthetische Drogen festgestellt. In 25 Laboren wurden Betäubungsmittel synthetisiert und in 12 Produktionsstätten die Kristallisation durchgeführt (s. Tabelle 2).

Neue psychoaktive Stoffe (NPS)

Sowohl die Anzahl der Handelsdelikte mit den in den Anlagen des BtMG aufgeführten NPS (+55,0 %) als auch die aller NPS-Delikte (+51,0 %) stieg im Jahr 2024 deutlich an. Den größten Anteil der untersuchten NPS machten die synthetischen und halbsynthetischen Cannabino-

ide mit 41,2 % der Datensätze aus, gefolgt von Ketamin und Ketamin-Derivaten (23,2 %) sowie Cathinone (17,8 %). Herauszustellen ist auch der hohe Anstieg bei den untersuchten NPS-Opioiden, die zwar nach wie vor auf einem vergleichsweise geringen Niveau liegen, jedoch im Berichtsjahr um 135,3 % angestiegen sind.

Todesfälle und synthetische Opioide

Die Anzahl der Vergiftungsfälle i. Z. m. Opiaten/Opioiden ist im Vergleich zum Jahr 2023 mit 1.286 Fällen nahezu kons-

tant geblieben. In 712 Fällen wurde dabei (auch) Heroin/Morphin sowie in 665 Fällen und/oder Opiat-Substitutionsmittel festgestellt. Allerdings ist die Zahl der Rauschgifttodesfälle in Verbindung mit neuen synthetischen Opioiden von vier Fällen im Jahr 2023 auf 32 Fälle im Berichtsjahr gestiegen.

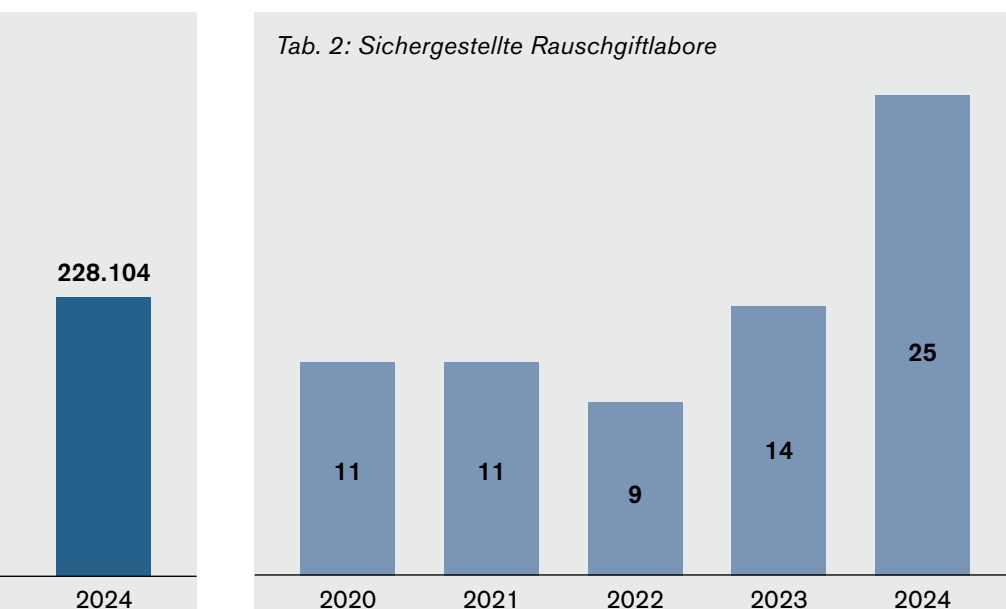
Auffällig ist der starke Anstieg der Rauschgifttodesfälle im Zusammenhang mit Neuen Psychoaktiven Stoffen (NPS). Im Berichtsjahr sind 154 Personen in Verbindung mit NPS verstorben (2023: 90).

Auch die Vergiftungen mit Fentanyl sind zum ersten Mal wieder gestiegen (+36 %), wobei die tatsächliche Zahl der Vergiftungen durch NPS, synthetische Opioide und Fentanyl höher liegen könnte. Grund dafür ist, dass die Substanzen nur schwer erkennbar bzw. feststellbar sind und nicht in allen Fällen Obduktionen/toxikologische Gutachten durchgeführt werden. Somit ist von einem größeren Dunkelfeld auszugehen.

Von den 2.137 erfassten Drogentodesfällen wurden lediglich 1.155 obduziert bzw. in 865 Fällen toxikologische Gutachten erstellt. ♦

Dirk Schäffer

Tab. 2: Sichergestellte Rauschgiftlabore



Der Gesamtbericht steht unter <https://www.bka.de> zur Verfügung

Der „Paule-Club“ in



Unter der Paulinenbrücke, mitten in Stuttgart, gibt es einen Ort, den viele schon gesehen haben, oft im Vorübergehen, manchmal vielleicht auch ohne bewusst hinzuschauen. Die „Paule“, wie sie in der Szene genannt wird, ist seit Jahrzehnten ein Treffpunkt für Menschen, die am Rand der Gesellschaft leben: Suchtkranke, Obdachlose, Gestrandete.

Bereits seit den 1980er-Jahren ist dieser Ort bekannt, als Schutzraum, Anlaufstelle und soziales Netz, getragen von jenen, die selbst Teil der Szene sind.



PATRICIA – hat sich zurzeit mit einem Zelt unter der Paulinenbrücke eingerichtet. Laut ihrer Aussage sollten sie und „Popeye“ den Platz jedoch innerhalb von drei Stunden räumen, andernfalls würde die Polizei all ihre Habseligkeiten mitnehmen oder entsorgen.

Patricia wünscht sich ein Leben in Normalität und hofft, bald ein Zimmer oder eine Wohnung zu finden, um dem harten Leben auf der Straße zu entkommen. Dennoch betrachtet sie diesen Ort als ihr Zuhause. Auch wenn sie dort nicht mehr täglich wäre, möchte sie hin und wieder zurückkehren, um vorbeizuschauen. „Ja, auf jeden Fall würde ich gerne weg von hier. Das Problem ist, dass man leider ganz schlecht Wohnungen findet. Und dadurch, dass ich leider abhängig bin, habe ich meistens nur die Möglichkeit Wohnungen zu finden, bei denen man unter Betreuung steht. Man kann es aber schaffen: Ich kenne zum Beispiel ein paar Leute, die früher auch jeden Tag hier waren, die jetzt ganz normale Leben führen.“

Stuttgart

Der Autor Luka Schmittgal ist 20 Jahre alt und macht derzeit eine Ausbildung zum Grafikdesigner. Seine Idee zu diesem Beitrag war, Menschen am Rand der Gesellschaft zu porträtieren. Er möchte betroffenen Menschen eine Stimme geben.



POPEYE – wie er hier genannt wird, ist schon lange in der Szene und fühlt sich hier im Großen und Ganzen wohl. Er sieht die Paule als sein Wohnzimmer und könnte sich niemals vorstellen, diesen Ort zu verlassen. Trotz vieler Traumata und schwerer Schicksalsschläge, wie beispielsweise einer schweren Beinverletzung, von der er sich seit Jahren nicht erholt hat, blickt er optimistisch auf das Leben und bemüht sich, sich nicht unterkriegen zu lassen. „Ich würde diesen Ort niemals verlassen“, sagt er. „Selbst wenn ich ein anderes Leben bekäme, in dem vielleicht alles ein bisschen besser liefe, auch mit der Arbeit und so weiter, würde ich hier bleiben.“

RALF – hat ebenfalls zurzeit keinen festen Wohnsitz und schläft in der Nacht vor dem Interview vor der Kirche St. Maria an der Paulinenbrücke. Er fühlt sich als jemand, der zum „Paule-Club“ gehört, von der Gesellschaft ungerecht behandelt und abgestempelt. „Ich würde sehr gerne auf einen Bauernhof gehen, auf dem Land leben und ein ruhiges Leben führen. Zurück hier her würde ich nur zum Party machen kommen (lacht). Aber es fehlt das Geld. Das reicht hinten und vorne nicht.“ „Ich wünsche euch dass ihr nicht auch hier landet, zeigt nie den Finger auf andere es könnte euch auch genauso ergehen irgendwann.“

TAREK – gehört zu den Urgesteinen des „Paule-Clubs“, seit über 20 Jahren ist er fester Bestandteil der Szene. Freundschaften sind für ihn dabei eher zweitrangig. Viel wichtiger ist ihm die Unabhängigkeit: Statt sich auf Substitutionsärzte zu verlassen, kümmert er sich lieber selbst um seine Versorgung. Abseits davon bewegt ihn vor allem das große Ganze: Die politische Lage weltweit bereitet ihm Sorgen, und besonders das Wohl von Kindern liegt ihm am Herzen. Tarek ist einer, der viel gesehen hat und dem das Schicksal der Welt nicht egal ist. „Unsere Kinder sind unsere Zukunft. Wir sollten echt sehr gut auf sie aufpassen, dass sie zum Beispiel nicht hier landen. Lasst die Kinder einfach freie Kinder sein und ohne Geldprobleme aufwachsen.“ ♦

ACHTUNG!

INDIVIOR STELLT ARBEIT IN DEUTSCHLAND EIN

Durch einen Fokus der Aktivitäten auf die USA, Kanada und Australien wird es im neuen Jahr von INDIVIOR nur noch Subutex Tabletten geben. Patient*innen die mit den Medikamenten: Suboxone Sublingualfilm, Suboxone Tabletten oder Subutex Depot behandelt werden sollten auf ihre Ärzt*innen zugehen im Hinblick auf einen Wechsel des Medikaments.

Was ist eigentlich aus der Entkriminalisierung des Drogengebrauchs geworden?

Gedanken über ein vernachlässigtes Thema

Das Thema der Schadensminderung (Harm Reduction) dominiert die Arbeit der Drogenhilfe. Das ist völlig nachvollziehbar, da wir alle täglich den Versuch unternehmen die Risiken, die sich aus den aktuellen und schon immer dagewesenen Risiken des Drogengebrauchs ergeben, zu reduzieren.

Daher ist die Forderung nach der flächendeckenden Installation von Drogenkonsumräumen nachvollziehbar und wird von fast allen Fachverbänden der Drogen- und Aidsilfe bedingungslos unterstützt. Dies umso mehr, als dass wir immer mehr mit einem Thema konfrontiert sind, das als „Belastung des öffentlichen Raums“ bezeichnet wird.

Spätestens nach der Coronazeit wurde immer deutlicher, dass sich mehr Menschen im öffentlichen Raum aufhalten, da sie über keinen eigenen Wohnraum verfügen und wohnungslos oder obdachlos sind. Die hiermit verbundenen zunehmenden gesundheitlichen und psychischen Belastungen von Drogengebraucher*innen sind sichtbar und werden durch den allgegenwärtigen Konsum von rauchbarem Kokain begünstigt.

Wir werden auch kaum Gegenstimmen zur verstärkten Debatte um eine Umsetzung des nun möglichen Drug Checkings finden. Immer mehr synthetische

Substanzen drängen auf den Markt und in jenen Drug Checking Projekten, die bereits existieren, werden immer wieder hochdosierte Substanzen gefunden. Weitere Stichworte sind hochpotente synthetische Cannabinoide. Also, was sollte man gegen Drug Checking haben? Nichts!



Zudem versuchen Verbände, Einrichtungen und Kommunen sich auf synthetische Opioide vorzubereiten. Die Lage ist diffus, aber klar ist, dass auch im zweiten Jahr hintereinander die Menge des in Afghanistan produzierten und exportierten Heroins dramatisch reduziert wurde. Andere Länder wie Myanmar versuchen diese Lücke zu schließen, aber die Welt-drogenbehörde konstatiert weiterhin die

Gefahr einer Heroinverknappung. Zudem werden in Europa immer wieder Versuche unternommen synthetische Opioide im Markt zu verankern.

Wirft man einen kritischen Blick auf all diese erforderlichen und evidenzbasierten Maßnahmen, so könnte man zu der Einschätzung kommen, dass mit jeder dieser Maßnahmen der Schadensminderung das Totalverbot illegaler Substanzen unbeabsichtigtweise zementiert wird.

Denn die zunehmenden körperlichen und psychischen Erkrankungen, die immer häufiger auftreten und flankiert sind von sozialen Herausforderungen, werden in besonderer Weise durch die Prohibition, also die fortgesetzte Verfolgung und Kriminalisierung von Menschen die Drogen gebrauchen oder Drogenabhängig sind „unterstützt“.

Dies alles geschieht vor dem Hintergrund, dass es in den letzten Jahren gelungen ist maßgebliche Fortschritte im Hinblick auf die Palette der Angebote der Schadensminderung zu ermöglichen. Die Zahl der Drogenkonsumräume erhöht sich stetig. Drug Checking wurde ermöglicht und nun liegt der Ball bei den Ländern. Naloxon ist nun für alle verfügbar. Die bestehenden Hürden der Drogenabhängigkeitsbehandlung wurden he-

rabgesetzt ohne das es allerdings zu einer Gleichstellung zu anderen Formen der Substitution kam. Es besteht Konsens, dass es ein deutlich verbessertes Monitoring geben muss und diese Daten im Bund zusammenfließen müssen.

Aber bauen wir alle diese wichtigen Angebote um eine schädliche Prohibition herum? Die Zahl der drogenbedingten Todesfälle befindet sich weiterhin auf einem unerträglich hohen Niveau und wirft man einen Blick in die Innenstädte, so werden Drogenkonsument*innen unbarmherzig gejagt, vertrieben und verhaftet.

Müssen wir also bei aller berechtigten Notwendigkeit von Harm Reduction Angeboten den Ursprung oder die Ursache von Vielem viel deutlicher artikulieren?

Müssen wir die Forderungen nach einer grundsätzlichen Veränderung deutscher Drogenpolitik wieder mehr in den Mittelpunkt stellen? Harm Reduction Maßnahmen setzen bildlich gesprochen kurz vor der Intensivstation an um das Schlimmste zu verhindern. Wir sehen Menschen, die deutlich zu spät unsere Angebote in Anspruch nehmen. Die Gründe hierfür sind sicher unterschiedlich, aber blickt man in die Lebensgeschichten hunderttausender Drogengebraucher*innen, so haben sie Angst vor Entdeckung, Bestrafung, Ablehnung und Verlust.

Immer dann, wenn sie den Konsum zugaben oder er sichtbar wurde, folgte eine Sanktion oder eine Bestrafung. Zu Hause von Eltern, in der Schule von Lehrer*innen, in der Öffentlichkeit von der

Polizei und vor Gericht von Richter*innen. Dies sind die Gründe, warum zu viele Menschen sehr spät Hilfe und Unterstützung in Anspruch nehmen.

Der Grund ist ferner das gesellschaftliche Bild des Drogenkonsums sowie das fortgesetzte Totalverbot des Erwerbs, des Besitzes und der Weitergabe von irgendwann einmal illegalisierten psychoaktiven Substanzen.

Es ist an uns, die Relevanz von Harm Reduction Interventionen weiterhin zu verdeutlichen, aber auch die Notwendigkeit grundsätzlicher Veränderungen der Drogenpolitik in Deutschland zu artikulieren. Auch wenn der Weg dorthin vielleicht sehr, sehr weit ist. Aber er bleibt für mich alternativlos. ♦

Dirk Schäffer

Wir haben uns auf die Suche im Netz nach Texten begeben, die frei zugänglich sind und das Thema der Drogenverbote und die Hintergründe der Prohibition im Fokus haben.



Der internationale „War on Drugs“ – der verharmlosend auch gerne als Drogenpolitik bezeichnet wird – ist ein Krieg gegen Menschen. Wie immer in einem Krieg trifft es auch hier vor allem die Schwächsten in der Gesellschaft.

<https://www.thcene.com/2015/07/rassismus-mit-system-vom-krieg-gegen-drogen-und-menschen/>

TELEPOLIS

Ideologie am Ende: Die globale Drogenprohibition –

Das Korsett der UN-Suchtstoffkonventionen und der "Krieg gegen die Drogen" wird zunehmend hinterfragt – eine Betrachtung anlässlich des "Internationalen Tages gegen Drogenmissbrauch und unerlaubten Suchtstoffverkehr"

<https://www.telepolis.de/article/Eine-Ideologie-am-Ende-Die-globale-Drogenprohibition-3435141.html>

Die Geschichte des Drogenverbots – im Gespräch mit Helena Barop

In der 20. Folge des MINDZONE-Podcasts „sauberdrauf!“ ist Kulturhistorikerin Helena Barop zu Gast. Euch erwartet ein aufschlussreiches, einstündiges Gespräch zur Geschichte des Drogenverbots – der Drogenprohibition.

<https://mindzone.info/podcast/>



mindzone.info
sauberdrauf!

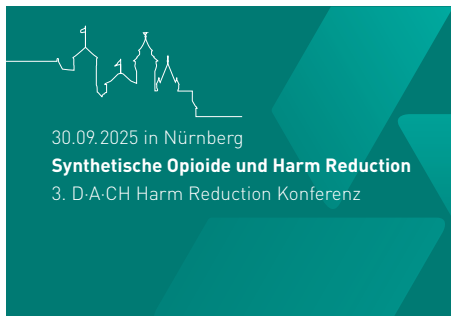
**Opioidabhängigkeit kann viel verändern,
ebenso wie eine Behandlung.**

ICH BIN BEREIT

***Sich für Unterstützung zu entscheiden,
erfordert Mut - geht aber
- Jakob, 39***

Die 3. D·A·CH Harm Reduction Konferenz in Nürnberg

Am 30.10.25 haben sich über 220 Expert:innen in Nürnberg zur 3. D-A-CH Harm Redcution Konferenz getroffen. D-A-CH steht für Deutschland, Österreich und Schweiz, und verdeutlicht die Idee der Konferenz. Aus allen drei Ländern haben sich Verbände und Organisationen für eine gemeinsame Konferenz zusammen-



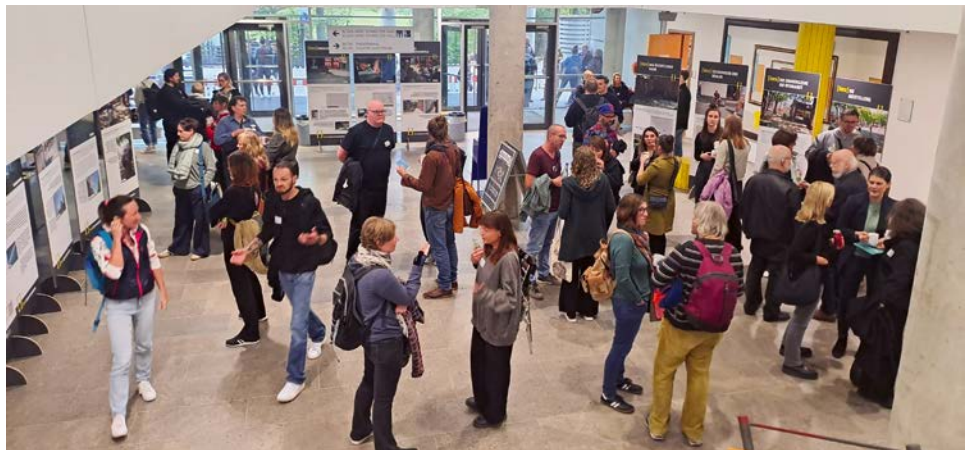
gegan, sodass Beiträge rund um Harm Reduction aus länderübergreifender Perspektive präsentiert wurden.

Im Mittelpunkt standen in diesem Jahr synthetische Opiode. Für mich besonders interessant war der Vortrag von Nicki Killeen aus Irland zu einem Cluster von Überdosierungen auf Grund von Nitazenen in Dublin und die Gedanken von Jan Welker zu den Herausforderungen viele zeitgleiche Überdosierungen in der Notaufnahme zu behandeln. Die Aktualität hat sich auch in der Regem Teilnahme des Diskussionsforums „Veränderungen in der Opioid-Szene“ der Deutschen Gesellschaft für Suchtmedizin (DGS) gezeigt.

Besonders gefreut habe ich mich über die zahlreichen Begegnungen und den Austausch zu bisher weniger diskutierten Bereichen. Beispielsweise gab es ein Symposium mit drei Vorträgen zu sogenannten Verhaltenssuchten. Aus meiner Sicht gibt es hier



Der große Hörsaal war sehr gut gefüllt



Auch die Fotoausstellung Überleben in Drogenzonen stieß auf großes Interesse

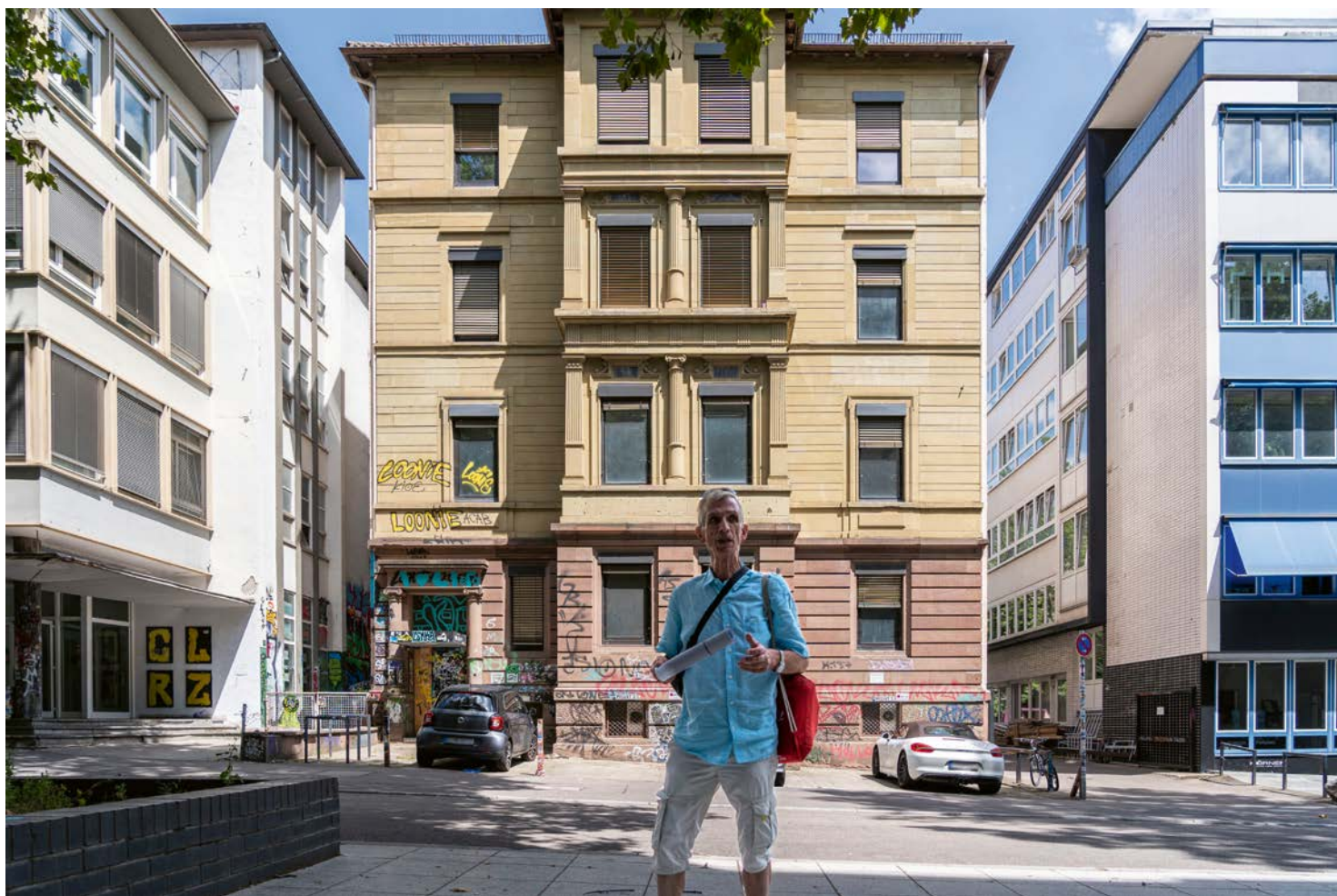
bisher wenige schadensmindernde etablierte Konzepte. Deshalb erhoffe ich mir, dass ein solcher länderübergreifender Austausch Netzwerke ausbauen und Ideen weitergeben kann. Das gilt auch für legale Substanzen, Crack und Cannabis. Auch wenn Schadensminderung hier bereits mitgedacht wird, bleibt die Relevanz. Deshalb haben auch diese Themen ein eigenes Symposium bekommen.

Das große Interesse hat uns sehr gefreut. Harm Reduction ist ein aktuelles Thema und eine Vernetzung über

Ländergrenzen hinweg hilft die eigene Praxis zu reflektieren und vielleicht auch die ein oder andere neue Idee mitzunehmen. Am Beispiel aus Irland lassen sich auch Trends und Entwicklungen besser verstehen und wir können von den Erfahrungen anderer profitieren.

Die 4. D-A-CH Harm Reduction Konferenz wird im nächsten Jahr wieder in Österreich in Wien stattfinden. Ich freue mich bereits jetzt auf ein Wiedersehen im nächsten Jahr. ♦

Simon Fleissner



Roland vor dem zukünftigen Ort des Drogenkonsumraums in Stuttgart

KOMBO – der erste Schritt ist getan

Wie schon in der letzten Ausgabe (DK Nr. 143) berichtet, wurde am 21. Mai diesen Jahres in einem Festakt der dringend benötigte Drogenkonsumraum feierlich eröffnet; das mediale und bürgerschaftliche Interesse war unerwartet groß.

Der jahrelange Kampf für diesen von JES Stuttgart und seinen Unterstützern geforderte Drogenkonsumraum schien sich zu einer Endlosgeschichte zu entwickeln. Mit der Aufnahme des Regelbetriebs am 1. Juni 2025 ist ein Meilenstein erreicht – das erwünschte Endziel noch nicht.

Zur Erinnerung: Weil die Implementierung des vom Kommunalparlament beschlossenen Drogenkonsumraums

sich länger als vorausgesehen verzögert hatte, wurde eine Interimslösung pragmatisch umgesetzt. KOMBO (= Konsum Mit Beratung und Orientierung) ist der neue Name des ehemaligen Kontaktcafés „Highnoon“, dessen Angebote durch Umbauten früherer Büroräume erweitert wurden.

Da der Umsetzungsprozess extrem lang gedauert hat wurden zurecht Fra-

gen gestellt wie: Kommt ein DKR nicht zu spät? Wird er überhaupt angenommen und von wem? Haben sich Konsumformen und -gewohnheiten nicht so geändert, dass so ein Angebot unpassend ist?

Die Teamleiterin Elena Feller war zu einem Gespräch mit JES Stuttgart bereit, um über erste Erfahrungen ein knappes halbes Jahr nach Aufnahme des Regelbetriebs zu sprechen, wofür wir uns bedanken.

Konsumräume retten Leben

Der Konsumraum wird durchaus angenommen, es haben sich von Monat zu Monat immer mehr Personen registrieren lassen (was durch die „Landesverordnung“ nötig ist); es sind aktuell etwa 80 Menschen, die in unterschiedlicher Intensität das Angebot nutzen, manche mehrmals täglich, andere nur einmal pro Tag, einige auch bloß gelegentlich. Die genauen internen Statistiken können an dieser Stelle noch nicht veröffentlicht werden. Drei Details: das Verhältnis männlicher zu weiblichen Konsumierenden ist etwa 8:2,

Sehr wichtig: es gab bisher keinen lebensbedrohenden Vorfall, der einen Notarzteinsatz erfordert hätte; dagegen konnte in zwei Fällen intern geholfen werden. Wenn man sich allerdings vorstellt, dass in diesen beiden Fällen keine Hilfe hätte geleistet werden können, dann wird klar:

Ferner wird in diesem Zusammenhang deutlich, wie wichtig, nein: unbedingt erforderlich es ist, dass Drug-Checking durch Änderung bzw. Erweiterung der Landesverordnung ermöglicht wird. Denn obwohl die Konsumierenden ihren mitgebrachten „Stoff“ vorzeigen müssen, ist dies ja nur eine oberflächliche Inaugenscheinnahme, da weder Beimengungen noch Reinheitsgrad (=Stärke) bestimmt werden können, letztlich lässt sich nicht einmal mit Sicherheit erkennen, um welches Konsummittel es sich handelt.

Die Öffnungszeiten im KOMBO scheinen die Nachfrage im Wesentlichen abzudecken, da inzwischen auch am Samstag der Konsumraum genutzt werden kann. Leider lässt die Personalsituation zur Zeit noch keine Sonntagsöffnung zu; dies wurde bei einer Spontanumfra-

ge durch JES Stuttgart bedauert. Einige (potentielle) Konsumenten wünschen sich auch eine längere Öffnungszeiten in den Abendstunden. Erfreulich ist, dass eine Erwartung oder eher Befürchtung nicht eingetreten ist: die Polizei macht keine besonders intensiven Kontrollen im Umfeld des DKR oder wenn Konsumierende auf dem Weg zu demselben sind.

Mein Fazit:

Der Drogenkonsumraum KOMBO ist jetzt schon ein Erfolg, er wurde von Beginn an stärker als erwartet (befürchtet?) angenommen. Manches muss sich noch einspielen, das Team jedenfalls arbeitet professionell und engagiert. Die Verbindung mit dem Kontaktcafé (Ex-„Highnoon“) erweist sich als vorteilhaft, u. a. auch weil dadurch Personal rochieren und effizienter eingesetzt werden kann.

Das größte Defizit ist, dass der Konsumraum selbst nicht barrierefrei erreicht werden kann (siehe Kommentar) und der Raum im Wartebereich sehr begrenzt ist. ♦

Roland Baur, JES Stuttgart e. V.

KOMMENTAR

Das KOMBO ist schon jetzt nach wenigen Monaten ein Erfolg – die Defizite können und dürfen aber nicht übersehen werden. Das größte davon ist, dass der Zugang zum Konsumraum nicht barrierefrei ist, das Treppenhaus und der Wartebereich davor sogar ziemlich eng. Auch können/dürfen von den konsumierenden Menschen keine Hunde mitgebracht werden; einen Wartebereich im Freien gibt es leider nicht.

In Zeiten knapper Kassen ist klar, dass insbesondere Kommunen sparen müssen, was auch für die nicht mehr ganz so wohlhabende Stadt Stuttgart gilt. Dass dabei der Sozialbereich nicht ausgeschlossen wird und die Gesamtausgaben darin auf dem Prüfstand stehen, auch hierfür gibt es Verständnis. Kein Verständnis kann es aber dafür geben, wenn bei den aktuell anstehenden Be-

ratungen über den Doppelhaushalt 2026/2027 die Realisierung des Projekts „Ossietzkystraße 6“ (=künftiger DKR) in Frage gestellt wird, selbst eine weitere Verzögerung ist nicht akzeptabel. Die Sozialverwaltung versichert zwar, das Projekt wie geplant und beschlossen weiterzuverfolgen, das Kommunalparlament (=der Gemeinderat) ist in seiner Entscheidung allerdings frei, was in einer Demokratie auch selbstverständlich sein sollte.

Wir von JES Stuttgart werden genau beobachten und verfolgen, auf welche politischen Kräfte wir uns verlassen können und auf welche eben nicht. Wir haben so lange Jahre für die Implementierung eines Drogenkonsumraums gekämpft – wir werden nicht auf halbem Weg aufgeben.

Roland Baur

CSU-Bürgermeister vor Münchner Nachtclub mit Drogen festgenommen

Thomas Pardeller wird der Besitz einer geringen Menge Kokains vorgeworfen

Er galt als eine der Zukunftshoffnungen der CSU im Münchner Umland. Doch jetzt hat Neubibergs Bürgermeister Thomas Pardeller ein Problem. Die Polizei hat bei dem 37-Jährigen unweit des Münchner Nachtclubs „Palais“ ein verdächtiges Päckchen mit weißem Pulver sichergestellt. Die Analyse, ob es sich um Kokain handelt, steht noch aus. Die Polizei bestätigt den Fall, der CSU-Ortsverband spricht davon, dass Pardeller der Besitz von 0,2 Gramm Kokain vorgeworfen werde. Mittlerweile ermittelt das für Amtsvergehen zuständige Kriminalfachdezernat 11 in dem Fall. Pardellers für Samstag geplante Nominierung als Bürgermeisterkandidat ist vorerst abgesagt.

Der 37-Jährige, von Beruf Jurist, gewann 2020 das Neubiberger Rathaus für die CSU. Seitdem leitet er selbstbewusst und auch weitgehend geräuschlos die Geschäfte in der Hightech-Kommune vor den Toren Münchens, in der die Universität der Bundeswehr ihren Sitz hat und mit Infineon eines der Schwergewichte der IT-Branche zu Hause ist.

Die CSU geht auf Tauchstation

In der CSU ist die Schockstarre greifbar. Entweder können oder wollen CSU Kolleg*innen nichts zu dem Vorfall sagen,



Thomas Pardeller

oder sie dürfen sich nicht öffentlich äußern. Das alles ist verständlich, steht doch die CSU für einen Law and Order Kurs in der Drogenpolitik.

Nun stellt sich die Frage, was mit dem jungen und ambitionierten Politiker passiert, der nach allgemeinem Bekunden seinen Job gut machte? Wir warten ab und halten euch auf dem Laufenden. ♦

JES-Bundesverband

KOMMENTAR

Man könnte denken, dass wir aus Schadenfreude diesen Beitrag veröffentlichen, da ein CSU-Bürgermeister nun mit Drogen erwischt wurde. Dies ist allerdings nicht der Fall.

Dieser Fall ist vielmehr ein Beispiel für ein anachronistisches Betäubungsmittelgesetz, das den Besitz von illegalen Substanzen, wie hier wohl Kokain, unter Strafe stellt. Hier ist ein junger Mann, der viel Verantwortung für eine Gemeinde in Bayern trägt. Er geht am Wochenende feiern, was schon außergewöhnlich genug ist, und er hat eine geringe Dosis Kokain bei sich. Die Beweggründe für die Konsumabsicht sind uns natürlich nicht bekannt, aber was ist daran verwerflich, wenn jemand einen Rausch erleben will und das nicht von Bier oder anderen Alkoholika, oder dass er sich nicht mit einem Fallschirm aus einem Flugzeug wirft?

Nichts – so ist unsere Haltung. Das ist seine Privatsache. Er schädigt niemand anderen und sich selbst wahrscheinlich auch nicht. Er hatte mutmaßlich 0,2 Gramm Kokain bei sich. Er ist damit einer der vielen Millionen Menschen,

die aktuell Kokain konsumieren und dies aus völlig unterschiedlichen Gründen tun.

Interviews mit Fahrern von Kokain-taxis zeigen, dass der große Teil der Kund*innen aus der Mitte der Gesellschaft kommt. Sie arbeiten körperlich sehr schwer oder sehr viel und konsumieren eine Substanz, die sie bei temporären Leistungsspitzen unterstützen soll. Es sind Menschen, die zu wechselnden Zeiten arbeiten, insbesondere in den Nachtstunden. Es sind Menschen, die am Wochenende feiern wollen und vielleicht dem Alkohol abgeneigt sind.

Ja, natürlich werden jetzt manche sagen, „aber Kokain ist schädlich“, „man soll keine Drogen nehmen“, „er wird noch abhängig werden und das Gesetz schützt ihn“.

Wir fragen stattdessen „was wird die Folge sein? Wird dieser Mensch sein politisches Amt verlieren?“ Sicher scheint, dass er bereits jetzt im Mittelpunkt auch der Boulevardpresse steht und das Maß an Stigma und Häme außerordentlich sein wird. Es kann sein, dass seine politische und berufliche Karriere damit beendet ist. Das alles wird ihm unserer Ansicht nach nicht helfen, sondern könnte dazu beitragen seinen Konsum zu verstärken.

Hier kann man nur spekulieren. Thomas Pardeller steht hier auch stellvertretend für viele zehntausend Menschen, die jedes Jahr wegen dem Besitz geringer Mengen zum Eigenbedarf strafrechtlich verfolgt werden, ihren Führerschein verlieren und mit einem Eintrag in das Führungszeugnis private, berufliche und soziale Nachteile erleiden.

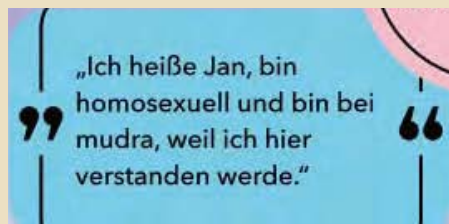
Dies sind die Gründe warum Menschen erst spät nach Hilfe suchen und ihren Konsum offenbaren.

JES-Bundesverband / Dirk Schäffer



Jahresbericht der MUDRA Nürnberg

Vielleicht mögen sich einige Leser*innen fragen, warum ich an dieser Stelle auf den Jahresbericht der Drogenhilfe MUDRA hinweise, denn schließlich machen viele Einrichtungen einen Jahresbericht.

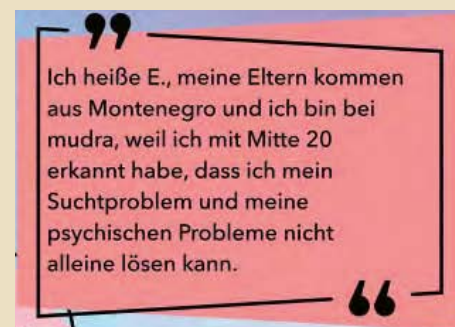


Mir ist dieser Jahresbericht außerordentlich positiv in Erinnerung geblieben. Die MUDRA in Nürnberg, gegründet 1980, ist eine der prägenden Drogenhilfen für Bayern aber auch für ganz Deutschland. In den letzten 45 Jahren war die MUDRA eine der wichtigsten Stimmen für Humanität und Inklusion und besticht durch eine immense Angebotsvielfalt, wie der Bericht zeigt.

Für mich ist der Jahresbericht ein Musterbeispiel, wie man auch mit einem

Jahresbericht nach innen und außen wirken kann. Hier wird Mitarbeiter*innen durch die Darstellung im Bericht eine außerordentliche Wertschätzung entgegengebracht. Gleichsam wird die Arbeit der MUDRA in ihrer Vielfalt in passender Weise vorgestellt, sodass sich jene, die die MUDRA in der Vergangenheit monetär, personell oder strukturell unterstützt haben sicher auch in Zukunft bereiterklären die MUDRA zu unterstützen.

Die MUDRA verkörpert, auch im Jahresbericht, das sich die Zuwendung von kommunalen Mitteln und Geldern der



Landesregierung und die kritische Auseinandersetzung mit der Suchtpolitik des Landes nicht ausschließen, sondern notwendig sind, wenn man sie in der geeigneten Form führt.

Die Nutzer*innen der Einrichtung und deren Entwicklung bilden einen Mittelpunkt im Bericht und auch das ist besonders hervorzuheben, da dies nicht immer der Fall ist.

Es wird deutlich, dass in einem solchen Bericht viel Arbeit und auch finanzielle Mittel stecken. Dieser Einsatz lohnt sich, um die Relevanz der Drogenhilfe in Zeiten verminderter finanzieller Ressourcen und gesellschaftlicher Abkehr vom Prinzip der Hilfe für jene die auch aufgrund ihrer Abhängigkeit Hilfe benötigen.

Vielen Dank liebe Kolleg*innen der MUDRA. ♦

Dirk Schäffer

Wer sich den ganzen Jahresbericht einmal anschauen will findet ihn unter <https://mudra-online.de/home.html>



Frankfurter Bahnhofsviertel

Mehr Sicherheit oder die totale Überwachung?

KI-gestützte Echtzeit-Überwachung im Frankfurter Bahnhofsviertel

Seit Juli 2025 testet die hessische Polizei im Frankfurter Bahnhofsviertel ein System zur KI-gestützten Echtzeit-Videoüberwachung. Mindestens 50 Kameras analysieren dort das Geschehen automatisch, sollen verdächtige Bewegungsmuster oder gefährliche Situationen erkennen und Alarm schlagen, damit die Polizei eingreifen kann. Angebliches Ziel

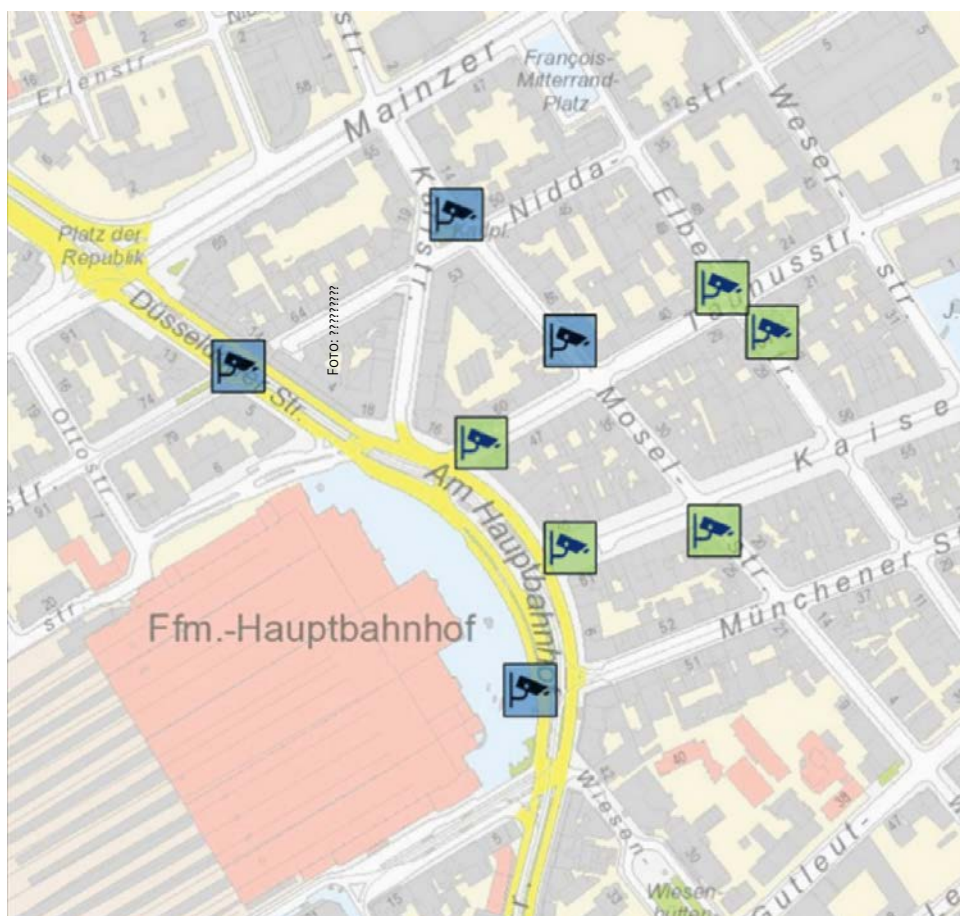
ist es, Kriminalität – insbesondere Drogenhandel und Gewaltdelikte – einzudämmen und das Sicherheitsgefühl zu stärken.

Doch das Projekt sorgt für heftige Kritik. Ziel der Überwachung sei „die Suche nach Vermissten und Opfern von Entführungen, Verhinderung von Menschenhandel oder sexueller Ausbeutung

sowie bei der Suche nach Gefahrenverursachern einer terroristischen Straftat“ zu verbessern, so der hessische Innenminister Poseck (CDU).

„dieDatenschützer Rhein Main“

Ich war bei einer Infoveranstaltung mit ca. 40 Personen der „dieDatenschützer Rhein Main“, die eine Führung zu den



Stationäre Kamera Kaiser-/Ecke Moselstraße

Kamerastandorten sowie ein Gespräch mit der Selbsthilfe für Sexarbeitende im Bahnhofsviertel beinhaltete. Dort äußerten u.a. betroffene Sexarbeitende, dass in den Bordellen die Kunden ausbleiben, seit die Überwachung läuft. Menschen, vor allem Frauen, werden dadurch wieder dazu gedrängt, auf der Straße hinter irgendwelchen Ecken oder gar im Auto des Freiers zu arbeiten. Da, wo es keinen Schutz und keine Sicherheit gibt.

Publikumswirksame Durchsuchungen mit Folgen

Bereits jetzt führt diese Überwachungsart dazu, dass von der KI als verdächtig gemeldete Personen, meist junge, migrantisch gelesene Männer, von der Polizei herausgegriffen und in einer langen Reihe mitten im Bahnhofsviertel publikumswirksam überprüft und durchsucht werden. Dies unabhängig, ob der

„... derartige Form der Echtzeit-Überwachung in Deutschland (ist) mit hoher Wahrscheinlichkeit verfassungswidrig ...“

Verdacht auf eine Straftat besteht oder nicht. Dazu gesellen sich Bürger*innen, die Videoaufnahmen machen und diese oft in sozialen Medien veröffentlichen.

Die „dieDatenschützer Rhein Main“^{***} und andere Bürgerrechtsorganisationen weisen darauf hin, dass eine derartige Form der Echtzeit-Überwachung in Deutschland mit hoher Wahrscheinlichkeit verfassungswidrig ist und auch nach dem EU AI Act in der EU. Sie verstößt ge-

gen das im Grundgesetz verankerte Recht auf informationelle Selbstbestimmung und den Schutz der Privatsphäre. (Art. 2 Abs.1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG). Zudem fehlt eine klare gesetzliche Grundlage für den Einsatz solcher Systeme. Kritiker warnen vor einem gefährlichen Dammbruch, der zu einer flächendeckenden Erfassung und Analyse von allen Menschen führen könnte. Die Öffentlichkeit weiß nicht, ob diese Aufnahmen nicht doch gespeichert werden und wie viele Polizist*innen darauf Zugriff haben.

Hohe Fehleranfälligkeit der KI-Algorithmen

Auch technisch ist das System umstritten: KI-Algorithmen sind noch fehleranfällig, da sie z.B. bestimmte Personengruppen diskriminieren und zu Fehlalarmen führen können. Eine Untersuchung („Gender Shades“) fand bei kommerziellen Systemen für die Geschlechtsklassifizierung folgende Fehlerquoten: Für hellhäutige Männer unter 1%; für dunkelhäutige Frauen aber bis zu etwa 34 % Fehlerquote.*

Zwischen dem Wunsch nach Sicherheit und dem Erhalt der Grundrechte steht das Frankfurter Bahnhofsviertel im Zentrum einer bundesweiten Debatte über die Grenzen digitaler Überwachung.

Fest steht: Wenn wir uns nicht dagegen wehren, wird dies bald deutschlandweit eingeführt werden, denn Hessen ist mit dem aktuellen Pilotprojekt nur die Blaupause. Andere Bundesländer stehen bereits in den Startlöchern. Bleibt deswegen wachsam und wehrt euch notfalls gegen immer noch mehr Überwachung. ♦

Claudia Ak

Quellen:

*https://www.theregister.com/2018/02/13/facial_recognition_software_is_better_at_white_men_than_black_women/?utm_source=chatgpt.com

**<https://ddrm.de/videoeueberwachung-im-frankfurter-bahnhofsviertel-experimentierfeld-fuer-sicherheit-oder-fuer-kontrolle-eine-uebersicht/>

Safomat – der erste Präventionsautomat in Jena für Infektionsschutz rund um die Uhr



FOTO: PRIVAT

jeweiligen Konsumform ausgerichtete Zusammenstellung von sterilen Konsumutensilien zur Verringerung der Übertragungsrisiken von Hepatitis C oder HIV durch die mehrfache und / oder gemeinsame Nutzung, sowie zur Reduktion von unterschiedlichen Folgeerkrankungen (u. a. Abszesse, Myokarditis etc.). Mit der Bereitstellung von Inhalations- und Ziehpacks wird auf die Risikoreduzierung beim Rauchen und Sniefen aufmerksam gemacht und zudem werden diese risikoärmeren Konsumformen als Alternativen zum iv Konsum angeboten. Safer-Sex-Packs bieten Kondome und Gleitgel zur Vermeidung von sexuell übertragbaren Erkrankungen (STD). Mit den beigelegten Informationsmaterialien und QR-Codes wird weiteres zielgruppenspezifische Wissen vermittelt.

Schadensminderung und Risikoreduktion verfolgen das Ziel, die gesundheitlichen und sozialen Risiken des Substanzkonsums zu verringern, ohne moralische Bewertung oder Zwang zur Abstinenz als Voraussetzung für eine Inanspruchnahme. Dabei geht es nicht um eine Verharmlosung oder die Illusion eines völlig gefahrlosen Konsums, sondern um die Anerkennung der Tatsache, dass Risiken durch Wissen, steriles Material und Kenntnis von Hilfsstrukturen deutlich reduziert werden.

Ein wichtiger Baustein für eine lebensweltorientierte Versorgungsstruktur ist der Safomat: ein Automat, der rund um die Uhr Materialien für Safer Use und Safer Sex bereitstellt.



Unscheinbar aber wichtig

Was von außen unscheinbar wirkt, ist in Wahrheit ein stiller Zugang zu Gesundheit, Schutz und Informationen. Er bietet sterile Spritzen, Utensilien für den inhalativen oder nasalen Konsum psychoaktiver Substanzen, Kondome und Informationsmaterialien zur Infektionsprophylaxe – alles anonym und zu einem Preis, der lediglich die Wiederbefüllung ermöglicht (1,- € pro Schachtel).

Inhaltlich ist der Safomat ein Instrument der Infektionsprophylaxe. Schachteln enthalten eine an den Bedarfen der

Regionale Bedarfe werden berücksichtigt

Die Zusammenstellung der Schachtelauswahl berücksichtigt die regionalen Besonderheiten und richtet sich an Menschen die unterschiedliche Konsumformen und Safer-Sex praktizieren. Die Nutzung dieses Angebotes richtet sich neben Menschen mit einem problematischen bzw. abhängigen Konsum, auch an Gelegenheits- und Freizeitkonsumierende, die meist kaum Zugang zu wichtigen Informationen von Safer-Use- und Harmreduction-strategien haben.

Der Safomat bietet eine Versorgungsmöglichkeit insbesondere für Regionen außerhalb von Metropolen und Ballungsgebieten, da in diesen Sozialstrukturen Wege zu spezialisierten Hilfen oft länger oder kaum ausgebaut sind, zudem

führt die Überschaubarkeit innerhalb der Bevölkerungsstruktur und persönliche Vernetzung zu einer geringeren Anonymität, wodurch sich Ängste vor Stigmatisierung und Ausgrenzung bei der Inanspruchnahme von Hilfen verstärken. Ein anonym nutzbares Angebot kann diese Distanz überbrücken und bietet eine lebensweltnahe annehmbare Unterstützung 24/7.

Der Safomat dient auch als Türöffner. Er senkt die Hürden, baut Brücken und kann als Zugang zu weiterführenden Unterstützungsangeboten dienen. Wenn Stigmatisierung und Schamgefühl Menschen daran hindern Beratungsstellen aufzusuchen, schafft der Safomat eine diskrete Alternative. Er ermöglicht den Zugang zu Safer-Use-Materialien, ohne Blicke, ohne Fragen oder negative Bewertungen ertragen zu müssen. Anonymität wird hier zum Schutzraum und ermöglicht eine bedarfsorientierte Unterstützung.

Harm Reduction bedeutet, den Blick auf die Realität zu richten: Konsum existiert, auch dort, wo andere Hilfestrukturen fehlen. Der Safomat bietet eine pragmatische, konkrete Antwort darauf.

Der Safomat ermöglicht ein kostengünstiges, lebensweltorientiertes Angebot für unterschiedliche Zielgruppen im Bereich der Infektionsprophylaxe.

Die Stadt Jena hat den „Hilfe zur Selbsthilfe Begegnung Jena e.V.“ als Betreiber mit der Konfektionierung und dem Betrieb des Safomat beauftragt. Diese Aufgaben werden im Rahmen eines Arbeits- und Beschäftigungsangebotes umgesetzt und bieten eine zusätzliche Möglichkeit zu klientenorientierten Unterstützungsangeboten des Vereins, mit seiner auf Selbstwirksamkeit und auf den Ausbau von Handlungsbefähigungen ausgerichteten zieloffenen Suchtarbeit von und mit Betroffenen. ♦

Claudia Plöttner

Brandanschlag auf das Abrigado Hamburg

In der Nacht zum 04.11.2025 wurde ein Brandanschlag auf das Abrigado im Schwarzenbergpark verübt. Vermummte Angreifer haben das Gebäude mit mehreren Molotow-Cocktails angegriffen. Es entstand zum Glück nur ein geringer Sachschaden an der Fassade. Das Team des Abrigado ist entsetzt und fragt sich, wie der Schutz der Besucher*innen und der Einrichtung gewährleistet werden kann.

Hintergründe noch unklar

Die Hintergründe der Tat sind noch völlig unklar. Vorausgegangen war eine sehr negative Berichterstattung in den Hamburger Medien, die quasi den Mitarbeitenden mangelnde Unterstützung bei polizeilichen Maßnahmen unterstellten. Das Team des Abrigado machte deutlich, dass Zelte auf dem Hof oder im Nahumfeld des Abrigado ein politisches Problem sind, das nicht alleine durch das Abrigado zu lösen ist.

FOTO: iSTOCKPHOTO/MANUEL RODRIGUEZ SEVILLANO



Illustrationsfoto

Zitat aus der Pressemitteilung: Neben der Parteilichkeit für unsere Gäste, gehört ein konstruktiver Austausch mit der Polizei für uns selbstverständlich zum Arbeitsfeld. Dass sich Perspektiven auf bestimmte Sachverhalte teilweise deutlich unterscheiden, bringt der unterschiedliche Zugang bei der Bearbeitung sozialer Probleme durch Polizei und Sozialer Arbeit naturgemäß mit sich. Als in der Drogenhilfe Beschäftigte sind wir mit einer umfangreichen Schweigepflicht sowie einem Zeugnisverweigerungsrecht ausgestattet, das in der Öffentlichkeit oder beim Kontakt mit der Polizei jedoch immer wieder als Verweigerungshaltung, als Unwillen zur Kooperation verstanden wird. Ohne diese Rechte bzw. Verpflichtungen wäre eine, für die Arbeit mit unseren Besucher*innen unbedingt notwendige, Vertrauensbasis jedoch nicht zu erreichen. Statt Zeichen der Wertschätzung für die Arbeit der Drogenhilfe in den Medien, ist eine tendenziöse und die Realität verdrehende Berichterstattung zu sehen, die mehr spaltet als Begegnung schafft.

Die gesamte Pressemitteilung des Abrigado ist hier zu finden:
<https://kntn.ly/c4217fac>

Team des Abrigado (gekürzter Beitrag)

JES aktiv im G-BA zur Richtlinie Psychotherapie



Foto: iStockphoto/Portra



**Gemeinsamer
Bundesausschuss**

insgesamt mehr Stunden. Bisher war die Regelung so, dass Patienten mit Suchterkrankungen maximal 10 Stunden Psychotherapie in Anspruch nehmen konnten, die von der Krankenkasse übernommen wurden. Dann musste ein Abstinenznachweis erbracht werden. Diese Begrenzung wurde nun auf zweimal 12 Stunden erhöht, sodass dieser Nachweis zukünftig erst nach 24 Stunden notwendig ist.

In der Pause zwischen den beiden 12-stündigen Blöcken soll eine Evaluation des Fortschritts sowie eine individuelle Anpassung des Behandlungsplans erfolgen. Zudem wird erwartet, dass zwischenzeitliche Betreuung, etwa in Form von Selbsthilfegruppen, sichergestellt wird, was sowohl der Motivation als auch der Unterstützung dient und gleichzeitig Zeit für Dokumentation und Überweisung schafft.

Insgesamt ändert sich also wenig an der weitergehenden Stigmatisierung von Menschen mit Drogengebrauch. Sie erhalten lediglich mehr Zeit, um abstinent zu werden. Die vielen Lösungen und Wege, die zwischen schädlichem Konsum und vollständiger Abstinenz liegen, wurden dabei völlig ignoriert – trotz wiederholter, vehementer Hinweise der Patientenvertretung, dass diese Regelung stigmatisierend wirkt und andere Behandlungsziele ausschließt.

Schade, dass diese Chance auf weniger Stigmatisierung vertan wurde. JES bleibt dran! ♦

Claudia Ak

Es hätte eine bedeutende Änderung werden können, indem man die Regelung aufhebt, die es Suchterkrankten bislang vorschrieb, nach 10 Stunden Psychotherapie einen Abstinenznachweis zu erbringen oder die Therapie abubrechen.

Leider wurde an diesem Abstinenz-Dogma in diesem Fall nicht gerüttelt, obwohl nach unseren Informationen die Abstinenz in der neuen, bald erscheinenden AWMF-S-3-Leitlinie zu opioidbezogenen Störungen nicht mehr vorrangig behandelt wird.

Nun 24 Stunden Psychotherapie möglich

Da die Patientenvertretung im G-BA kein Stimmrecht hat, bleibt die Forderung nach Abstinenz bestehen, wenn auch mit

Mehr Informationen erhalten Sie unter:
www.aktuelles-aus-der-sucht.de



AKTUELLES
AUS DER
SUCHT

Die Wissensplattform
von Hexal

Ich substituiere
jetzt mit **Tablette.**

Die Tablette in der Substitutionstherapie – ein Schritt zu mehr Normalität

Wieder zurück in ein fast normales Leben zu finden, ist das Ziel vieler Substitutionspatienten. Dies erfordert hohe Willenskraft und extreme Disziplin. Einfach eine Tablette zu nehmen, wie viele Menschen gegen andere Krankheiten auch, kann einen großen Fortschritt bedeuten.

Hexal bietet als engagierter Partner im Bereich Suchtmedizin neben Flüssigpräparaten ein breites Produktportfolio in Tablettenform an, das Patienten auf ihrem Weg begleitet und unterstützt.



A Sandoz Brand



Der Overdose Awareness Day (OAD) in Bremen

Am 31. August gingen in Bremen circa 150 Menschen auf die Straße

Am 31.8.25 gingen in Bremen ca.150 Menschen auf die Straße, um am Overdose Awareness Day (OAD) ein Zeichen zu setzen. Der internationale Gedenktag erinnert an die vielen Menschen, die an einer Überdosis gestorben sind. Todesfälle, die vermeidbar wären, wenn Politik und Gesellschaft endlich konsequent auf Prävention, Entkriminalisierung und Harm Reduction setzen würden.

Organisiert wurde die Demo von JES Bremen und von Fix it, einer Gruppe von Sozialarbeiter*innen, die in Bremen für eine menschenwürdige Drogenpolitik kämpfen. Zudem haben uns viele weitere Personen bei der Organisation unterstützt.

Am Hauptbahnhof startete die Demo mit Beiträgen von Fix it, der Initiative „Zwangsäumung verhindern“ und der Basisgruppe Antifa. Danach zog der bunte Zug über den Dobben zum Siel-



wall, wo Redner*innen von Antifa und der Poliklinik die Versäumnisse von Politik und Behörden anprangerten. Marco von JES moderierte die Veranstaltung und feuerte unterwegs die Teilnehmenden mit Sprüchen an. Am Ziegenmarkt endete die Route mit Beiträgen von Lila und JES Bremen, die noch einmal klar machten: Es reicht nicht, nur zu gedenken – wir brauchen eine grundlegende Veränderung der Drogenpolitik.

7 Forderungen am Overdose Awareness Day (OAD)

Marco hielt für die JES Gruppe Bremen eine flammende Schlussrede und stellte die 7 Forderungen der JES Gruppe vor.

1. Wir fordern den rezept- und kostenfreien Zugang zu Naloxon – bundesweit, in jeder Apotheke.
2. Wir fordern den Ausbau von Drug Checking – niedrigschwellig, mobil und dauerhaft finanziert. Die nötige Rechtsverordnung bildet bereits die Grundlage in Bremen
3. Wir fordern die Einrichtung einer Diamorphin-Ambulanz in Bremen – mit Konsumraum und Substitutionsnetz.
4. Wir fordern die Stärkung und den Ausbau der Substitution – durch Nachwuchsförderung, weniger Hürden und mehr Anerkennung für substituierende Ärzt:innen.
5. Wir fordern den Start eines Modellprojektes zur Crack Substitution in Bremen.
6. Wir fordern kommunale Frühwarnsysteme, die Gesundheitsämter, Polizei, soziale Einrichtungen und Konsumierende vernetzen.
7. Wir fordern die Beteiligung von Peer-Expert:innen in den Sachverständigenausschüssen für Betäubungsmittel und neue psychoaktive Substanzen.

Stigmatisierung tötet – Solidarität rettet Leben

Die Veranstalter*innen betonten den Unterschied zum 21. Juli, dem traditionellen Gedenktag für verstorbene Drogengebrauchende: Während dort Trauer und Gefühle im Vordergrund stehen, richtet der Overdose Awareness Day den Blick stärker auf politische Forderungen.

Die Botschaft der Demo war unübersehbar: Stigmatisierung tötet – Solidarität rettet Leben. Wir lassen uns nicht länger mit leeren Versprechen abspeisen. Bremen, Deutschland und Europa brauchen eine Drogenpolitik, die Menschen schützt – statt sie zu kriminalisieren. ♦

Lenny

Das neue Frühstücksangebot von JES Bremen im KBZ (Kontakt und Beratungszentrum) Comeback



Ein reich gedeckter Tisch beim ersten JES Bremen Frühstück

Am Samstag, den 20. September 2025, fand unser erstes JES Bremen Frühstück statt – offen, kostenlos und für alle interessierten Menschen aus unterschiedlichen Lebenssituationen – aktive Konsumentinnen, Ehemalige, Substituierte sowie Unterstützerinnen – nutzten die Gelegenheit, bei Kaffee, Tee und einem reichhaltigen Frühstücksbuffet miteinander ins Gespräch zu kommen.

Das gemeinsame Frühstück bot Raum für Austausch, Vernetzung und gegenseitige Unterstützung.

Neben dem geselligen Beisammensein wurden auch erste Ideen für wei-

tere Treffen gesammelt. Viele Teilnehmende wünschten sich, dass dieses Frühstück zu einer festen Institution wird, um regelmäßig einen Ort der Begegnung und Solidarität in Bremen zu schaffen. Es ist geplant alle drei Wochen, immer am dritten Samstag des Monats, ein kostenloses Frühstück anzubieten.

Wir bedanken uns herzlich bei allen, die gekommen sind, mitgeholfen haben und dieses erste JES Bremen Frühstück zu einem schönen und gelungenen Start gemacht haben. ♦

Lennert

Internationale Studien für den DROGENKURIER aufbereitet

Wissenschaftliche Journale im Internet aber auch als Printmedium enthalten immer wieder sehr interessante Beiträge, die aber für die meisten von uns nicht zugänglich sind und in Englisch publiziert werden. Daher werden wir, beginnend mit dieser Ausgabe, immer wieder uns interessant scheinende Studien kurz zusammenfassen und hier vorstellen. Wir beginnen mit einem hochaktuellen Thema „Take Home Naloxon“ Wir hören immer

wieder das eine Verordnung von Naloxon zu einem riskanteren Konsum beitragen könnte. Genau dies greift die Studie auf.

An dieser Stelle möchten wir uns bei Simon Fleissner von der TH Nürnberg bedanken, der diese Beiträge recherchiert und für den Drogenkurier aufbereitet. Einige werden Simon als Koordinator des Bundesmodellprojekts „NALtrain“ kennen.

Fahrradhelm und Nasenspray

Wie Stigma unsere Vorstellungen von Prävention beeinflusst



Ich bin in der wissenschaftlichen Zeitschrift Journal of Studies on Alcohol and Drugs über einen Artikel über Fehlanreize („moral hazard“) bei Take-Home-Naloxon (THN) gestolpert. Auf Grund von sozialer Absicherung oder präventiven Angeboten gehen Menschen manchmal ein höheres Risiko ein. Wenn das riskante Verhalten sich deutlich bei einer Mehrheit der betroffenen Personen steigert, könnte der positive Effekt von Präventionsprogrammen aufgehoben werden. Das nennt sich dann Fehlanreiz. Beispielsweise führt das Tragen eines Fahrradhelms zu riskanterem Verhalten im Straßenverkehr. Auch wenn der

Fahrradhelm zu riskanterem Verhalten beiträgt, überwiegt der Nutzen dennoch deutlich – der Fahrradhelm ist also noch kein Fehlanreiz. Wie sieht es im Vergleich dazu mit THN aus?

Naloxon kann bei einer opioidbedingten Überdosierung verabreicht werden und die (tödlichen) Auswirkungen aufheben. Dabei sollen Menschen, die Opiode konsumieren, in der Anwendung geschult werden und Naloxon bei sich tragen. Damit könnten sie Naloxon bei einer Überdosierung Anderer anwenden und Leben retten. Das nennt sich Take-Home-Naloxon (THN) – also Naloxon zum Mitnehmen. THN begleitet seit vielen

Jahren der Vorwurf zu riskanterem Verhalten, also riskanterem oder mehr Konsum anzuregen. Es wird sogar manchmal behauptet THN verursacht mehr tödliche Überdosierungen als es verhindert. Das wäre ein klassischer Fehlanreiz, bei welchem der Schaden größer ist als der Nutzen. Diese Annahmen konnte bisher aber in Studien nicht belegt werden und gilt als falsch. THN führt weder zu riskanterem Konsum noch zu mehr Überdosierungen. Dennoch hält sich der Vorbehalt eines Fehlanreizes hartnäckig – auch in Deutschland.

Die Autor*innen der Veröffentlichung stellen den Fahrradhelm dem THN ge-

genüber. Interessanterweise geht fast niemand von einem riskanteren Verhalten von Fahrradfahrern durch das Tragen eines Helmes aus. Dagegen vermuten Viele ein riskanteres Verhalten durch THN bei Menschen, die Drogen konsumieren. In der Veröffentlichung werden diese Vorbehalte auf stigmatisierende Ansichten zurückgeführt, die auch bei anderen schadensmindernden Maßnahmen zu finden sind. Ein Fehlanreiz ist wissenschaftlich schwierig zu untersuchen. Dennoch sollte gerade in Arbeitsbereichen mit Menschen, die besonders stigmatisiert sind, der Vorwurf eines Fehlanreizes nicht ohne wissenschaftliche Belege geäußert werden. Nach derzeitigen wissenschaftlichen Erkenntnissen sind solche Vorwürfe schlichtweg falsch.

Auch wenn ich selbst schon seit längerem weiß, das THN das Risiko einer Überdosierung nicht erhöht, bin ich diesem Vorwurf immer wieder begegnet. Dieser Artikel hat für mich nochmal sehr anschaulich erklärt, warum sich dieser Vorbehalt so hartnäckig hält und vielleicht das ein oder andere gute Argument für ein nächstes Gespräch über THN geliefert. Im Übrigen glaube ich, lässt sich diese Beobachtung auch auf andere schadensmindernde Angebote übertragen. ♦

Simon Fleissner

Der Artikel lässt sich Online kostenfrei lesen und herunterladen unter <https://www.jsad.com/doi/abs/10.15288/jsad.25-00101?role=tab>.

Park, Brandon; Winograd, Rachel P. (2025): If It Were Enabling, Where's the Evidence? Applying Moral Hazard and Risk Compensation Theories to Community Naloxone Distribution and Other „Safety Net“ Public Health Interventions, in: *Journal of Studies on Alcohol and Drugs*, Jg. 86, Nr. 5, S. 827–833, doi: 10.15288/jsad.25-00101.

Jubiläumsband 50 der INDRO Buchreihe

Der Konsum psychotroper Substanzen wird in Wissenschaft und Öffentlichkeit zumeist in einem Dualismus von Abstinenz und Abhängigkeit betrachtet. Diese Perspektive blendet jedoch die lebensweltliche Erfahrung der Mehrheit von Konsumierenden aus.

Selbstregulierter Konsum psychotroper Substanzen bleibt in einem wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Dunkelfeld.

Die hier im 50. Band der von INDRO e. V. herausgegebenen Reihe „Studien zur qualitativen Drogenforschung und akzeptierenden Drogenarbeit“ vorgestellte qualitativ-explorative Untersuchung richtet ihren Fokus genau auf dieses Feld. Im Mittelpunkt stehen die individuellen Erfahrungen und Entwicklungen von elf Konsumierenden, mit selbstreguliertem, sozial-integrierten Konsum psychotroper Substanzen.

Die Arbeit von Claudia Plöttner erweitert die sozialwissenschaftliche Perspektive auf den Konsum psychotroper Substanzen, indem sie selbstregulierte Konsumpraktiken als Ergebnis von Wissen, Erfahrungen und sozialen Lernprozessen sichtbar macht.

JES-Bundesverband

Buchbestellung unter:
<https://indro-online.de/news/>



Taschenkalender 2026

Auch wenn die Digitalisierung voranschreitet, gibt es anscheinend Medien, die sich weiterhin großer Beliebtheit erfreuen.

Hierzu gehört der Taschenkalender für Drogengebraucher*innen und alle anderen interessierten Menschen. Der Taschenkalender enthält wie in den Jahren zuvor 12 verschiedene Themen, die den jeweiligen Monaten vorangestellt werden. Das Kalendarium enthält dann Hinweise und Informationen zu den jeweiligen Monatsthemen. Zudem enthält der Taschenkalender einen Substitutionsausweis. Substituierte Personen können hier ihre Medikamente und Dosierungen eintragen lassen um im Fall eines Unfalls oder einer Bewusstlosigkeit die Ersthelfer*innen und Ärzt*innen mit wichtigen Informationen zu versorgen.

Wir haben bereits etwa 15.000 Vorbestellungen für den Taschenkalender. Interessierte Einrichtungen und Gruppen haben die Möglichkeit den Taschenkalender zu bestellen.

Um Fehler zu vermeiden haben wir die Bestellung auf ein reines Onlineverfahren umgestellt. Wir bitten euch also diesen Link für Bestellungen zu nutzen. Der Versand wird noch vor der Weihnachtszeit realisiert. *Dirk Schäffer*

<https://cloud.aidshilfe.de/apps/forms/s/TyDrMtPfNtMGyjPobCiyx4Qb>



Bitte teilt uns eventuelle Adressänderungen mit!

Stand der Adressen: 15. November 2025

JES-Mailingliste

netzwerk@jes-bundesverband.de

JES NRW e. V.

Ansprechpartner:
Torsten Zelgert (Projektleiter)
Neichenerstraße 13
51491 Overath
Tel.: 0176 / 93 63 56 68
info@jesnrw.de

JES-Westschiene

info@jesnrw.de

JES Bielefeld e. V.

Ansprechpartner:
Mathias Häde
Tel.: 0521 / 398 86 66

AIDS-Initiative Bonn e. V.

Graurheindorfer Straße 15
53111 Bonn
Tel.: 0228 / 422 82-0
Fax: 0228 / 422 82-29

JES Düsseldorf

c/o Aidshilfe Düsseldorf
Johannes-Weyer-Straße 1
40225 Düsseldorf
Ansprechpartner:
Karsten Hintz
Tel: 0157 / 50 43 85 45

JES Duisburg

c/o AIDS-Hilfe Duisburg
Bismarkstraße 67
47057 Duisburg-Neudorf
Tel.: 0203 / 66 66 33
Fax: 0203 / 6 99 84

JES Sauerland

c/o Cora Meister
An der Wallmei 26
34431 Marsberg

JES Unna

Morgenstraße 35 (Vorderhaus)
59423 Unna
Ansprechpartner*innen:
Björn Peterburs
Tel: 01573 / 779 61 93
Patricia Westermann
Tel: 0178 / 332 75 71

VISION

Neuerburgstraße 25
51103 Köln
Tel.: 0221 / 82 00 73-0
Fax: 0221 / 82 00 73-20
info@vision-ev.de
www.vision-ev.de
Ansprechpartnerinnen:
Claudia Schieren (JES-Bundes-
vorstand)
Bina Klier (JES Bundesvorstand)

JES-Südschiene

schiene-sued@
jes-bundesverband.de

JES Augsburg

c/o Drogenhilfe Schwaben (KIZ)
Holbeinstraße 9
86150 Augsburg
Tel.: 0821 / 450 65-27
Fax: 0821 / 450 65-29
jes-augsburg@freenet.de
www.jes-augsburg.wg.am

JES Bayreuth

Nordring 2, BKH
alte Wäscherei Nebenraum
95445 Bayreuth
Tel: 01578 / 534 06 50

Fulda

Connection – Selbsthilfegruppe
für Drogenkonsumenten
Tel.: 01577 / 044 35 30
Ansprechpartnerin:
Simone Schafnitzel
www.shg-connection.de

JES-Frankfurt

sabina@jes-ffm.de
https://jes-ffm.de/

JES Lörrach

Sabin Schumacher
use.jes@gmail.com

JES München

c/o Condrops e. V.
Kontaktladen limit
Emanuelstraße 16
80796 München
Tel.: 089 / 307 60 18 18
Thekla Andresen
(JES-Bundesvorstand)
theklaforjes@gmail.com
https://jes-muenchen.de/

JES Nürnberg

c/o KISS Nürnberg
Am Plärrer 15
90443 Nürnberg
Tel.: 0911 / 2 34 94 49
jesnbg.dieletztenvon110@
gmail.com

JES Stuttgart e. V.

Postfach 150314
70076 Stuttgart
mail@jesstuttgart.de

JES Wiesbaden

c/o Aidshilfe Wiesbaden
Karl-Glässing-Str. 5
65183 Wiesbaden
www.jes-wiesbaden.de
Ansprechpartnerin:
Claudia Ak
c.ak@jes-wiesbaden.de
JES Südschienenkoordination

JES-Nordschiene

schiene-nord@
jes-bundesverband.de

JES Berlin

jesberlin@web.de
Tel: 0170 / 915 48 63
Ansprechpartnerin:
Martina Hoffmann

JES Braunschweiger Land

c/o Braunschweiger AIDS-Hilfe e. V.
Eulenstraße 5
38114 Braunschweig
Tel.: 0531 / 58 00 3-37
Fax: 0531 / 58 00 3-30
Jes.bs@braunschweig.aidshilfe.de

JES-Gruppe Bremen

c/o Comeback
Bahnhofsplatz 29
28195 Bremen
0152 / 08 66 45 41
jes.bremen@web.de
Kontakt: Lennert Loch

NEU NEU NEU NEU NEU

JES-Dresden

Anna Noack
jesDresden@web.de

JES Hamburg

Tel: 0176 / 6870 29 29
jes-hamburg@gmx.de
Ansprechpartner: Jens Agelopoulos

JES Hannover e. V.

c/o Ilona Rowek
Döbbekkehof 2
30659 Hannover
Tel.: 0511 / 65 52 61 53
Mobil: 0157 / 74 65 45 84
jeshannover@posteo.de

JES Peine-Lehrte

Bahnhofstr. 8
31226 Peine
Ansprechpartner: Stefan Ritschel
(JES Bundesvorstand)
Tel.: 01577 / 391 95 64
jes-peine@web.de

Weitere wichtige Adressen

Deutsche Aidshilfe e. V.

Fachbereich Drogen, Haft & JES
Wilhelmstraße 138
10963 Berlin
Tel.: 030 / 69 00 87-56
Fax: 030 / 69 00 87-42
Dirk.Schaeffer@dah.aidshilfe.de

akzept e. V.

Bundesverband für
akzeptierende Drogenarbeit
und humane Drogenpolitik
– Geschäftsstelle –
C. Kluge-Haberkorn
Südwestkorso 14
12161 Berlin
Tel.: 030 / 822 28 02
akzeptbuero@yahoo.de

Bundesweite Internetseite:
www.jes-bundesverband.de

GL Pharma

Ihr Partner in der Substitution



Foto ausschließlich zu illustrativen Zwecken verwendet, mit Model gestellt.

Substitution mit Verantwortung – Therapievielfalt aus einer Hand

Eine Abhängigkeitserkrankung ist eine chronische Krankheit, die medizinische und psychotherapeutische Begleitung erfordert. Ziel der substitutionsgestützten Behandlung ist Stabilität, Gesundheit und Teilhabe. Dafür braucht es verlässliche Partner, sichere Arzneimittel und Erfahrung.

**„Das ist ein
Scheißgesetz“**



FOTO: BUNDESREGIERUNG/STEFFEN KÜGLER; ISTOCKPHOTO/ BOITANO

Für seine „fachliche“ Einschätzung
zum Konsumcannabisgesetz
verleihen wir dem Innenminister die
„Sauerei des Monats“



**Junkies – Ehemalige – Substituierte
JES-Bundesverband e.V.**

Wilhelmstr. 138 • 10963 Berlin

Tel.: 030/69 00 87-56

Fax: 030/69 00 87-42

Mail: vorstand@jes-bundesverband.de

www.jes-bundesverband.de

ISSN 2512-4609